

Stadt Cottbus / město Chośebuz
Die Oberbürgermeisterin



Vorlagen-Nr.	
StVV	II-017/04
HA	

Dezernat: II

Amt: 30

Termin der Tagung: 26.05.04

Vorlage zur Entscheidung

☐ durch den Hauptausschuss	☒ öffentlich
☒ durch die Stadtverordnetenversammlung	☐ nichtöffentlich

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☒ Beigeordnetenkonferenz	27.04.04	☐ Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.	
☐ Haushalt und Finanzen		☐ Umwelt	
☒ Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen	13.05.04	☒ Hauptausschuss	19.05.04
☐ Wirtschaft		☐ Stadtverordnetenversammlung	
☐ Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	

Beratungsgegenstand:

Aufstellung einer Vorschlagsliste zur Wahl ehrenamtlicher Richter und Richterinnen am Verwaltungsgericht

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordneten mögen beschließen:

Die Aufnahme der in der Anlage namentlich aufgeführten Kandidaten in die Vorschlagsliste zur Wahl von ehrenamtlichen Richtern und Richterinnen am Verwaltungsgericht.

Rätzel

Beratungsergebnis des HA/der StVV:

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
- ☐ laut Beschlussvorschlag
- ☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Sitzung am: TOP:
Anzahl der **Ja**-Stimmen:
Anzahl der **Nein**-Stimmen:
Anzahl der **Stimmenthaltungen**:

Problembeschreibung/Begründung:

Die Gemeinde hat gem. § 28 VwGO alle 4 Jahre eine Vorschlagsliste für das Verwaltungsgericht zur Wahl von ehrenamtlichen Richtern und Richterinnen zu erstellen. Dabei wurde die zu benennende Kandidatenzahl entsprechend der Bevölkerungszahl der Stadt Cottbus auf 33 festgelegt.

Der Bewerbungsschluss für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist der 30. April 2004. Es bewarben sich bis zum 21. April 2004 44 Kandidaten (Vorschlagsliste Anlage 1). In einem Nachtrag werden die bis zum 30. April 2004 eingegangenen Bewerber an die StVV gemeldet (Anlage 2).

Die gesetzlichen Voraussetzungen, wie z. B. deutscher Staatsbürger und Wohnort in der Stadt Cottbus sind gegeben. Des Weiteren haben die Bewerber erklärt, dass sie nicht vorbestraft sind, gegen sie kein strafrechtliches Ermittlungsverfahren läuft und nicht hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR waren.

Finanzielle Auswirkungen:☐

Ja

☒

Nein

1. Gesamtkosten:

2. Sicherstellung der Finanzierung:

3. Folgekosten:

Auswirkungen der Beschlussvorlage auf die Zukunftsfähigkeit

	sehr negativ	negativ	neutral	positiv	sehr positiv
	--	-	0	+	++
Ökologie					
Ökonomie					
Soziales					
Summe					

Ergebnis: + und - ergeben:

nicht nachhaltig

nachhaltig

- 6	- 5	- 4	- 3	- 2	- 1	0	+ 1	+ 2	+ 3	+ 4	+ 5	+ 6